

# fakten

**W. Sch. MADRID, 18. Februar** Nach mehr als einem halben Jahr hat die Madrider Universität ein neues Statut erlassen. Die neuen Statuten sind ein Kompromiss zwischen den Forderungen der Studenten und der Regierung. Die Statuten sind ein Kompromiss zwischen den Forderungen der Studenten und der Regierung. Die Statuten sind ein Kompromiss zwischen den Forderungen der Studenten und der Regierung.

**MADRID, 20. Februar** Gegen das Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

**MADRID, 20. Februar** In dem Zusammenhang mit dem Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

**MADRID, 20. Februar** In dem Zusammenhang mit dem Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

**MADRID, 20. Februar** In dem Zusammenhang mit dem Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

**MADRID, 20. Februar** In dem Zusammenhang mit dem Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

**MADRID, 20. Februar** In dem Zusammenhang mit dem Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

**MADRID, 20. Februar** In dem Zusammenhang mit dem Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

**MADRID, 20. Februar** In dem Zusammenhang mit dem Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

**MADRID, 20. Februar** In dem Zusammenhang mit dem Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

**MADRID, 20. Februar** In dem Zusammenhang mit dem Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

**MADRID, 20. Februar** In dem Zusammenhang mit dem Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

**MADRID, 20. Februar** In dem Zusammenhang mit dem Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

**MADRID, 20. Februar** In dem Zusammenhang mit dem Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

**MADRID, 20. Februar** In dem Zusammenhang mit dem Verbot einer Versammlung über das Thema „Friede und Demokratie in der spanischen Welt“ haben die Studenten an der Madrider Universität protestiert. In der Madrider Fakultät versammelten sich am Samstag mehr als 1000 Studierende.

## Studenten und Demokratie

Zweierlei muß ergänzt werden, was aus unserer linken Fakalmilieu-Spalte nicht hervorgeht: 1. Die Forderungen der spanischen Studenten werden von vielen Professoren unterstützt! 2. Es handelt sich bei den Forderungen nach Auflösung der staatlichen Studentenorganisation um die gleiche Forderung, die die spanischen Arbeiter gegenwärtig in bezug auf ihre staatlichen „Gewerkschaften“ stellen, in denen – wie bei der Studentenorganisation – nur unbedeutende Funktionen durch „delegados“ – Gewählte – besetzt sind, auf den anderen sitzen von der Franco-Behörden eingesetzte „jefes“.

Aus der Gleichheit der Forderungen und der Gleichzeitigkeit der Aktionen Schlüsse zu ziehen ist zumindest dann nicht vorzilig, wenn man sich daran erinnert, daß im Anschluß an den Generalstreik der Arbeiter Barcelonas die Madrider Studenten im Februar 1953 das Rundfunkgebäude stürmten, das Palango-Organ „Arriba“ verbrannten und Pressefreiheit forderten; daß die KP Spaniens zusammen mit Studentengruppen für den

18. Juni 1950 einen 24stündigen Generalstreik organisierte; daß 1964 während des Streiks in Asturien Studenten die Solidaritätstreiks der Arbeiter unterstützten, so in Las Palmas u. a.; daß sich bei den Studentendemonstrationen Mitte 1964 die Studenten ausdrücklich mit den wirtschaftlichen und politischen Forderungen der Arbeiterklasse solidarisch erklärten...

Der VI. Parteitag der KP Spaniens (Januar 1963) schuf mit seiner Orientierung auf Komittees der Einheit in allen Institutionen – auch den Lehranstalten – die Voraussetzung für diese wachsende Organisiertheit und Solidarität. Und schließlich sei „Spectator“ (England) zitiert: „An den Universitäten ist ein unerhörter Aufschwung des Marxismus zu verzeichnen.“

Es wird nicht überall so deutlich wie heute in Spanien, aber trotz der verschiedenen Anlässe (rechte Spalte) kann man sagen, daß die studentische Jugend einen bedeutenden Platz im Kampf um die Demokratie einnimmt.

Rolf Möbius

# gedanken

## Denken in Tübingen verboten

Als die Studenten der Fachrichtung Soziologie an der westdeutschen Universität Tübingen kürzlich ihren Fachschaftsvertreter für den Allgemeinen Studentenausschuß (ASA) wählten, wurden die Kandidaten auch danach gefragt, was sie zu dem geplanten Atomringgürtel an der Grenze zur DDR zu sagen haben. Die Wahl hing von dem Eintreten des Kandidaten gegen diesen Schandplan ab.

Politische Interessen der westdeutschen Studenten, die in diese Richtung gehen, haben die Bonner Herren schon immer in Harnisch gebracht. Wenn sich reaktionäre Burschenschaften an Revanchistenaufmärschen oder an Westberliner Provokationen beteiligen, ist alles in Butter, aber wehe, wenn Studenten politisch denken. In Tübingen geht die westliche Freiheit nämlich nicht einmal soweit, daß der ASA zu

grundsätzlichen Fragen Stellung nehmen dürfte. Mit ihren Bekundungen gegen den Atomringgürtel sind die Tübinger Studenten auf eine politische Mine getreten, die zunächst in der „Stuttgarter Zeitung“ explodierte. Dort werden die Studenten belehrt, daß sie ihre Nase gefälligst nur in ihren Quark zu stecken hätten. Es wirke „lächerlich“, wenn die Studentenvertretung öffentlich erkläre, daß sie mit Erhard's Politik ganz und gar nicht einverstanden sei. Und damit die Bonner Staatsbürger ohne Suspendium die Bemerkung richtig verstehen, wird ihnen gleich nach der Notstandshandlung nachgeworfen: „Der Allgemeine Studentenausschuß sollte im eigenen Interesse der Studenten auf großzügige politische Erklärungen verzichten.“ Wir haben in dem zitierten Satz fünf Worte hervorgehoben. Sie sind so schön ungeheuerlich.

K. H. R.



Wiener Studenten demonstrieren am 7. März vor dem spanischen Konsulat gegen die Ermordung und Unterdrückung spanischer Studenten durch die Franco-Regierung. Sie unterstützen die Forderung ihrer spanischen Kommilitonen nach freien Organisationen und freien Wahlen.

# post

Oberarzt Dr. Lothar Pickenhain

## ANFRAGE

Wie ich erfahren habe, soll in der Universitätsbibliothek eine interne Regelung getroffen worden sein, nach der die in diesem Jahre zur Verfügung stehenden Devisenmittel nur für Monografien aus den Gebieten der Anglistik und Orientalistik ausgegeben werden sollen.

Für Monografien aus den Gebieten der Naturwissenschaften und Technik sollen keine Valutamittel zur Verfügung stehen. Diese Regelung sei notwendig, um eine aus dem vergangenen Jahrhundert stammende Tradition der Leipziger Universitätsbibliothek aufrechtzuerhalten und fortzuführen. In diesem Zusammenhang habe ich drei Fragen:

1. Ist diese Information richtig oder handelt es sich dabei nur um ein unbegründetes Gerücht?

2. Welche Festlegungen sind in der Perspektivplanung (bis 1970 bzw. 1980) der Leipziger Universitätsbibliothek hinsichtlich der Schwerpunkte getroffen worden?

3. Welche Erfahrungen haben die Vertreter der naturwissenschaftlichen Disziplinen unserer Universität mit der Beschaffung der für ihre laufenden Arbeit dringend benötigten neuesten Literatur, insbesondere Monografien, durch die Universitätsbibliothek, und welche Vorschläge können sie zur Verbesserung der Situation unterbreiten?

Vorläufige telefonische Antwort der UB zur 1. Frage: Es handelt sich um ein unbegründetes Gerücht. (Ausführliche Antwort – auch zu Punkt 2 – in einer der nächsten Ausgaben.)

Disziplinarinstanzen ... hatten ... trotzdem den Standpunkt vertreten, es handle sich um verfassungsmäßige Organisationen, und eine Mitgliedschaft sei mit einem Studium an der Freien Universität nicht vereinbar. Das Verwaltungsgericht umging bei seiner Entscheidung diese heikle politische Frage und stellte lediglich fest, beide Instanzen seien nicht nach der Disziplinarordnung der Universität besetzt gewesen.

# zitrate

Jurastudenten Peter E. Gramse gegen seinen Ausschluß vom Studium an der Freien Universität zurück. Dieser Ausschluß war im Herbst 1963 vom Disziplinarausschuß beschlossen und im Frühjahr 1964 vom Disziplinarberufungsausschuß bestätigt worden, weil bekannt war, daß Gramse Mitglied der in Westberlin zugelassenen SED und der dort ebenfalls legalen kommunistischen „Freien Deutschen Jugend“ war. Die beiden

Disziplinarinstanzen ... hatten ... trotzdem den Standpunkt vertreten, es handle sich um verfassungsmäßige Organisationen, und eine Mitgliedschaft sei mit einem Studium an der Freien Universität nicht vereinbar. Das Verwaltungsgericht umging bei seiner Entscheidung diese heikle politische Frage und stellte lediglich fest, beide Instanzen seien nicht nach der Disziplinarordnung der Universität besetzt gewesen.

Disziplinarinstanzen ... hatten ... trotzdem den Standpunkt vertreten, es handle sich um verfassungsmäßige Organisationen, und eine Mitgliedschaft sei mit einem Studium an der Freien Universität nicht vereinbar. Das Verwaltungsgericht umging bei seiner Entscheidung diese heikle politische Frage und stellte lediglich fest, beide Instanzen seien nicht nach der Disziplinarordnung der Universität besetzt gewesen.

Disziplinarinstanzen ... hatten ... trotzdem den Standpunkt vertreten, es handle sich um verfassungsmäßige Organisationen, und eine Mitgliedschaft sei mit einem Studium an der Freien Universität nicht vereinbar. Das Verwaltungsgericht umging bei seiner Entscheidung diese heikle politische Frage und stellte lediglich fest, beide Instanzen seien nicht nach der Disziplinarordnung der Universität besetzt gewesen.

Disziplinarinstanzen ... hatten ... trotzdem den Standpunkt vertreten, es handle sich um verfassungsmäßige Organisationen, und eine Mitgliedschaft sei mit einem Studium an der Freien Universität nicht vereinbar. Das Verwaltungsgericht umging bei seiner Entscheidung diese heikle politische Frage und stellte lediglich fest, beide Instanzen seien nicht nach der Disziplinarordnung der Universität besetzt gewesen.

Disziplinarinstanzen ... hatten ... trotzdem den Standpunkt vertreten, es handle sich um verfassungsmäßige Organisationen, und eine Mitgliedschaft sei mit einem Studium an der Freien Universität nicht vereinbar. Das Verwaltungsgericht umging bei seiner Entscheidung diese heikle politische Frage und stellte lediglich fest, beide Instanzen seien nicht nach der Disziplinarordnung der Universität besetzt gewesen.

Disziplinarinstanzen ... hatten ... trotzdem den Standpunkt vertreten, es handle sich um verfassungsmäßige Organisationen, und eine Mitgliedschaft sei mit einem Studium an der Freien Universität nicht vereinbar. Das Verwaltungsgericht umging bei seiner Entscheidung diese heikle politische Frage und stellte lediglich fest, beide Instanzen seien nicht nach der Disziplinarordnung der Universität besetzt gewesen.

# Formfehler

Die erste Kammer des Berliner Verwaltungsgerichts hat die Freie Universität Berlin darüber belehrt, daß sie ihre Disziplinarordnung einzuziehen habe. Die Rechtsbehörden gingen auf eine Klage des ... ehemaligen

Disziplinarinstanzen ... hatten ... trotzdem den Standpunkt vertreten, es handle sich um verfassungsmäßige Organisationen, und eine Mitgliedschaft sei mit einem Studium an der Freien Universität nicht vereinbar. Das Verwaltungsgericht umging bei seiner Entscheidung diese heikle politische Frage und stellte lediglich fest, beide Instanzen seien nicht nach der Disziplinarordnung der Universität besetzt gewesen.

Disziplinarinstanzen ... hatten ... trotzdem den Standpunkt vertreten, es handle sich um verfassungsmäßige Organisationen, und eine Mitgliedschaft sei mit einem Studium an der Freien Universität nicht vereinbar. Das Verwaltungsgericht umging bei seiner Entscheidung diese heikle politische Frage und stellte lediglich fest, beide Instanzen seien nicht nach der Disziplinarordnung der Universität besetzt gewesen.

Disziplinarinstanzen ... hatten ... trotzdem den Standpunkt vertreten, es handle sich um verfassungsmäßige Organisationen, und eine Mitgliedschaft sei mit einem Studium an der Freien Universität nicht vereinbar. Das Verwaltungsgericht umging bei seiner Entscheidung diese heikle politische Frage und stellte lediglich fest, beide Instanzen seien nicht nach der Disziplinarordnung der Universität besetzt gewesen.

# anderswo

## Greifswald: Umfrage „Studentenethos“

Von einer komplexen Erforschung der politisch-moralischen und fachlichen Situation unter der Studentenschaft der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald einschließlich ihrer Ursachen und Motive liegen die Ergebnisse der ersten Etappe – einer Gruppendiskussion mit über 25 Prozent aller Studierenden – vor (Greifswalder UZ „Unsere Universität“ 1/65). Hier einige Zahlen: 35 Prozent der Befragten betrachteten ihr Abitur nicht als Befähigungsnachweis für den Universitätsbesuch. – Als Motive für die Fachrichtungswahl finden sich 40mal vor (von 734) Neigung zum Beruf, 141mal Verlegenheitslösung (!) – darunter etwa 100 Lehrer!, weiter: Wahrheitssuche (67), materielle Gründe (37), Familientradition (31) und die Autorität des Berufs (23).

## Freiburg: 200-Jahr-Feier

Ihr zweihundertjähriges Bestehen begeht die Bergakademie Freiberg in diesem Jahr. Höhepunkt der Feierlichkeiten werden die „Montanwissenschaftlichen Festtage“ der Bergakademie vom 9. bis 14. November 1965 sein.

## Berlin: Fichte-Preis für den Nachwuchs

Der Senat der Berliner Humboldt-Universität beschloß, 1965 erstmals einen Johann-Gottlieb-Fichte-Preis für hervorragende Dissertationen oder andere bedeutende wissenschaftliche Arbeiten des Nachwuchses – Einzel- wie besonders auch Kollektivarbeiten – zu verleihen. Damit soll die weitere Entfaltung des sozialistischen Wettbewerbs unter dem wissenschaftlichen Nachwuchs stimuliert und eine schnellere Verwertung von Forschungsergebnissen erreicht werden.

**DEMENTI**

Von der Hauptverwaltung der Leipziger Verkehrsbetriebe erfahren wir, daß Monatskarten auf roten Diagonalstreifen keinen Sitzplatzanspruch bewirken.

Wichtigstudenenten, die auf dem Weg zum Klinikum bisher beharrlich andere Auffassungen vertreten, sind üblicherweise zum Opfer gefallen.